

# COULEUR

AUSGABE 4  
2021



## Staat der Zukunft

WIE WIR ZUKÜNFTIG  
ZUSAMMENLEBEN  
WOLLEN

S.20

### Digitales Nomadentum

Vor- und Nachteile des  
ortsunabhängigen Arbeitens.

S.17

### Flächenwidmung neu denken

Die Ware Boden  
oder warum Boden kein Joghurt ist.

S.22

### Plan B für die Zukunft

Wärmer anziehen  
und zufriedener werden.

# HOL DEN VORSCHLAGHAMMER RAUS!

Es ist eine Aktennotiz aus dem Jahre 1997, die immer wieder hochkocht und ein besorgniserregendes Bild auf Teile der heimischen Justiz wirft. Bei einem Treffen hochrangiger Sozialdemokraten, an dem unter anderem der damalige Justizsprecher der SPÖ, Johannes Jarolim und ein bekannt linker Rechtsanwalt teilnahmen, sollten „junge Genossinnen und Genossen“ motiviert werden, in den Richterdienst zu gehen. Die Message war klar: Stramm linke SPÖ-Parteimitglieder sollten die heimische Justiz unterwandern.

Demokratie und Rechtsstaat können nur dann funktionieren, wenn eine große Mehrheit des Volkes darauf vertraut, dass sie funktionieren. So banal diese Feststellung klingt, so bedeutungsschwer ist er in der Realität. Die I. Republik scheiterte bekannterweise letztendlich daran, dass eine Mehrheit im Volk nicht an das Funktionieren dieser jungen Demokratie glaubte. Ob es nun die Schattendorfer Prozesse waren, der Justizpalastbrand, der Korneuburger Eid oder schließlich der bewaffnete 5-tägige sozialistische Aufstand, der erst mit Hilfe des Österreichischen Bundesheeres niedergeschlagen werden konnte – die Demokratie wurde zu Grabe getragen und eine christlich-soziale Kanzlerdiktatur war die Folge. 1938 ging das freie Österreich schließlich als erstes Opfer des Nationalsozialismus unter.

## DER GEIST DER LAGERSTRASSE

Die Gründerväter unserer II. Republik lernten aus dieser unheilvollen Zeit und - bei allem Misstrauen, das sie gegeneinander hatten - gestalteten das Fundament unserer Demokratie so, dass alle sich dort wiederfinden konnten. Es war der „Geist der Lagerstraße“, der so manche unüberbrückbar scheinenden

Hindernisse auf einmal doch überwinden ließ. Gerade die politisch unabhängige Judikative ist ein unverzichtbarer Kernbereich des Rechtsstaats. Obwohl der einzelne Richter bzw. der einzelne Staatsanwalt gerade im Sinne der Demokratie eine eigene (politische) Meinung hat, darf und wird dies in der Ausübung seines Amtes keine Rolle spielen. Im Übrigen kann und soll man das genauso von der Beamtenschaft im Allgemeinen erwarten – die jedem Staatsbürger unabhängig von seiner politischen Orientierung zu dienen hat.

## DIE LINKE GREIFT ZUM VORSCHLAGHAMMER

Mit der oben bereits angesprochenen gezielten Unterwanderung der Justiz durch „junge Genossinnen und Genossen“ wurde nunmehr genau jener Weg eingeschlagen, den die Gründerväter der II. Republik so vehement versucht hatten zu verhindern. Fast 25 Jahre nach dem eingangs erwähnten Treffen sieht man heute die dramatischen Auswirkungen. Gerade die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) agiert weniger als juristische denn als politische Behörde und arbeitet dabei unter dem Schutzmantel der Unangreifbarkeit. Damit haben die

Linken den Vorschlaghammer ausgepackt und schlagen wie Vandalen auf die Grundpfeiler von Demokratie und Rechtsstaat ein. Um ein kurzfristiges Ziel zu erreichen, sind sie bereit, mittel- und langfristig das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat und damit unsere Demokratie zu erschüttern. Die ersten Risse sind bereits sichtbar – wie repräsentative Umfragen dramatisch unter Beweis stellen.

Dabei wird gegen jeden „Aufmüpfigen“ unerbittlich vorgegangen: Kritik an der Justiz, an deren Verhalten oder Entscheidungen, wird gegen Demokratie und Rechtsstaat gerichtet zurückgewiesen. Dabei lebt gerade der Rechtsstaat von der Verteidigung seiner Unabhängigkeit von politischen Strömungen und von der Verteidigung dieser Autonomie. Justitia ist nicht links, nichts rechts – nein, sie ist blind. Und gerade eine pluralistische Demokratie lebt davon, dass man kritisieren und hinterfragen darf – alles und jeden, auch parteiische Justizbehörden.

Natürlich kann das nicht heißen, dass Korruption - egal auf welcher Seite - nicht mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden muss. Natürlich heißt das nicht, dass die gesamte Justiz, dass alle Richter

politisch agieren würden. Ganz im Gegenteil: Die große Mehrheit der Justiz ist absolut integer und souverän in ihrer Amtsausübung. Doch leider reichen einige wenige „rote Schafe“, um das Vertrauen der Bevölkerung in den ganzen Rechtsstaat zu unterminieren. Und natürlich soll das nicht heißen, dass die ÖVP nicht selbst durch ihr Agieren Vertrauen verspielt hätte. Doch das ist eine andere Geschichte. In diesem Artikel geht es um die Verteidigung des Rechtsstaats gegen einige wenige parteiische Staatsanwälte und Richter.

## EIGENE SCHWÄCHE

Natürlich wäre es zu kurz gegriffen und eine Überschätzung ihrer Stärke, ausschließlich Kräfte innerhalb der SPÖ dafür verantwortlich zu machen. Die ÖVP hat den Justizbereich schon selbst zu lange sträflich vernachlässigt: etwa mit Nominierung schwacher Justizminister, mit Ernennung schwacher Justizsprechern und der Aufstellung juristisch eher unbedarfter

Nationalratsabgeordneter. Juristische Schwergewichte vom Kaliber eines Michael Graff oder Andreas Khol sucht man heute vergebens.

Aber auch das nationale Lager, das stets stolz darauf war, Anwälte in dritter oder vierter Generation in ihren Reihen zu haben, hat seit Justizminister Böhmdorfer und Verfassungsexperte Jörg Haider keine Experten in diesem Bereich. Martin Graf, der ewige Konzipient ist es definitiv nicht.

## JUSTIZ NICHT DEN LINKEN ÜBERLASSEN

Nein, es kann nicht die Antwort sein, die Justiz nach rotem Vorbild zu unterwandern. Es reicht aber auch nicht, dabei tatenlos zuzusehen. Wir brauchen wieder kompetente konservative bzw. christlich-soziale Justizexperten. Wir müssen sie fördern und sie darin unterstützen, dass sie sich an den richtigen Stellen der Demokratie einsetzen können und nicht nur in Anwaltskanzleien verschwinden. Nur über parteiische

Justizorgane zu jammern oder zu schimpfen ist zu wenig – und unter unserem Niveau. Wir brauchen ein starkes Gegenkonzept, kompetente Experten und ein glaubwürdiges Auftreten, um die Unabhängigkeit der Justiz stärker in das Zentrum zu rücken.



**MAG. MARKUS KROIHER, MA MA (GLW)**

*absolvierte ein Magisterstudium in Betriebswirtschaftslehre sowie berufsbegleitend jeweils ein Masterstudium in Geschichte und eines in Gender Studies. Heute arbeitet er im Bundesministerium für Finanzen. Seit Sommer 2017 ist er Präsident des christlich-sozialen Thinktanks Modern Society. Darüber hinaus gehört er dem Vorstand des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) an.*

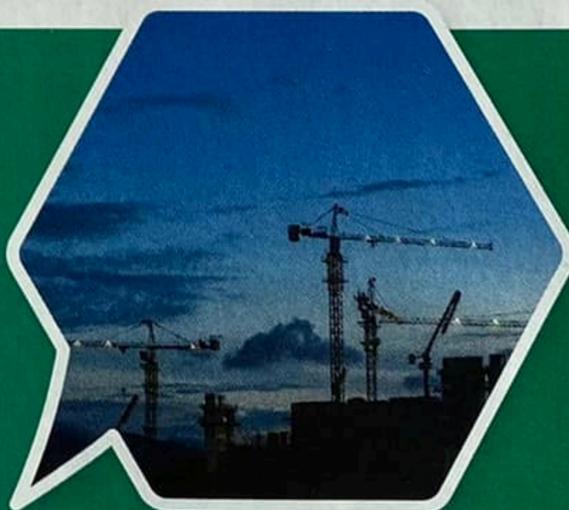
# COULEUR

01/2022

IM FRÜHLING  
IN DEINEM  
BRIEFKASTEN!



SONDERTHEMA:  
**ENTWICKLUNG**



DEINE VERBINDUNG ZUM COULEUR: [couleur@mkv.at](mailto:couleur@mkv.at) / [inserate@mkv.at](mailto:inserate@mkv.at)